



Stadtverbandsparteitag

Hannover-Mühlenberg

13.05.2017

Antragsbuch

Leitantrag

A – Gut leben in Hannover!

B – Baupolitik & Stadtentwicklung

C – Soziales & Umwelt

Leitantrag „Gut leben in Hannover!“

Antragssteller: SPD-Stadtverbandsvorstand

1. Leitsätze sozialdemokratischer Politik für Hannover

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine gerechte Gesellschaft, für das Versprechen gesellschaftlichen Aufstiegs und den Schutz vor sozialem Abstieg. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind dabei die Grundwerte, auf die wir uns besinnen und die für uns immer noch Gültigkeit haben.

Als Stadtverband geben wir die politischen Leitlinien für die Politik in der Stadt vor und treten als Mittler zwischen Partei, Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Ratspolitik auf. Wir hören in die Ortsvereine und in die Stadtgesellschaft hinein und identifizieren so Themen frühzeitig. Wir verstehen uns als Partner der Ortsvereine und des Unterbezirks, aber auch als eigenständiger politischer Akteur.

Das Ergebnis der Kommunalwahl in der Stadt Hannover ist für uns Anlass, die Gründe für die Stimmenverluste sorgfältig zu analysieren, unser Profil zu schärfen und neue Ziele für kommende Wahlen zu formulieren. Die Ergebnisse in der Stadt und in den Stadtteilen sind (sehr) unterschiedlich. Wir sind mit 31,3% der Stimmen immer noch klar stärkste Partei in Hannover. Neben den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen und der bundespolitischen Entwicklung können auch Fehler bei der Politikgestaltung und -vermittlung als Ursache für das Ergebnis der Kommunalwahl am 11.09.2016 genannt werden. Um sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen und gleichzeitig neue Anreize zur Mitarbeit zu schaffen, ist eine Reform der Parteiarbeit unumgänglich. Wir wollen geeignete Maßnahmen und Instrumente erarbeiten, um wieder stärker zu werden und Hannover erfolgreich weiterzuentwickeln. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Rat können hier eine Chance bieten, unser sozialdemokratisches Profil zu schärfen.

Wir werden in unserer politischen Arbeit Prioritäten setzen. Prioritäten setzen heißt, dass wir uns in der kommenden politischen Arbeit des Stadtverbandes auf zentrale, klar kommunizierte politische Ziele verständigen werden.

Wir wollen uns gerade in den Quartieren Hannovers engagieren, in denen die Menschen ihre Interessen vorwiegend nicht selbst wahrnehmen oder vertreten können. Wir wollen wieder als „Kümmererin/ Kümmerer“ wahrgenommen werden. Wir wollen die hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln halten, die sich um ihre Kinder und oft auch um ihre Eltern kümmern, die manchmal trotz zweier Einkommen nur gradeso über die Runden kommen, in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Wir sind uns bewusst, dass wir einander brauchen, um unsere gemeinsamen politischen Ziele zu erreichen. Bei unserem politischen Auftreten achten wir darauf, ein gesundes Maß zwischen Demut und Selbstbewusstsein zu finden. Wir haben klare Antworten, aber auch offene Fragen. Wir treten nicht als „Besserwisser“ auf. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich direkt an unserer Politik beteiligen.

2. Solidarität in der Stadt Hannover – Stadt der Gemeinsamkeit, Bildung, Arbeit

Die Folgen der sozialen Spaltung in unserem Land sind auch in einer Großstadt wie

40 Hannover zu sehen. Wir wollen diese soziale Spaltung und Armut weiter bekämpfen
41 und alle Menschen in die Gesellschaft einbeziehen. Wir werden die soziale und kultu-
42 relle Teilhabe aller Menschen, vor allem auch älter werdender Menschen, ermöglichen
43 und fördern. Gute Bildung bedeutet mehr Chancen im Leben und eine bessere Zukunft.
44 Zu guter Bildung und einer starken Demokratie gehört für uns die politische Bildung
45 schon im Schulalter. Darum sollen alle Menschen gute Bildung bekommen können.
46 Egal ob arm oder reich. Unabhängig von den Voraussetzungen des Elternhauses.
47 Die vielfältige Wirtschaftsstruktur Hannovers mit ihrer vorbildlichen Vernetzung von
48 Industrie, Handwerk, Dienstleistung, Logistik, Wissenschaft, Bildung, Ausbildung und
49 Gewerkschaften bietet die beste Grundlage für einen guten Arbeits- und Ausbil-
50 dungsmarkt. In der Erwachsenenbildung setzen wir auf lebensbegleitendes Lernen
51 und integrierendes Lernen und Fördern. Die Digitalisierung ist eine wichtige Grund-
52 lage für Innovation und Dynamik und sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe,
53 die wir gestalten werden.

54 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der konkrete Alltag der Men-
55 schen der Maßstab der Politik. Dabei haben wir das Ganze im Auge – alle Generatio-
56 nen, alle Gesellschaftsschichten, alle Lebensphasen. Das ist die Aufgabe der SPD in
57 Hannover, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, Vertrauen aufzubauen und dadurch
58 unser Land voranzubringen.

59 Wir sichern und fördern den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Deshalb müs-
60 sen die Quartiere unter sozialen Aspekten, entsprechend den Anforderungen der In-
61 klusion und alter(n)sgerecht entwickelt werden.

62 Wir stehen für eine starke Demokratie, die sich durch Veränderung immer wieder er-
63 neuert. Wir stehen aber auch für eine starke Demokratie, die sich gegen ihre Gegner
64 wirksam verteidigt. Gefahren für unsere Demokratie stellen vor allem Rechtspopulis-
65 ten sowie alte und neue Faschisten dar. Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen
66 Projekte und Initiativen in der Stadt, die sich für die Idee der Demokratie einsetzen
67 und sie weiterentwickeln.

68 3. Stadt des Wohnens und der Mobilität

69 Wir werden in der Stadt und der Stadtteilentwicklung Hannovers die verkehrliche,
70 kulturelle und soziale infrastrukturelle Entwicklung neuer und wachsender Quartiere
71 ebenso berücksichtigen wie die besonderen Erfordernisse, die für familien- und gene-
72 rationengerechtes Wohnen und für die Barrierefreiheit notwendig sind. Hannover soll
73 weiter eine lebenswerte Stadt für alle Lebensalter sein. Deshalb werden wir nachhal-
74 tige Strukturen in den Quartieren schaffen und pflegen. Unsere wachsende Stadt
75 braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit dem Wohnkonzept und der Wohnbauflä-
76 cheninitiative haben wir die Weichen für einen intensiveren Wohnungsbau gestellt.
77 Wir haben den Wohnungsbau gefördert, um Wohnungen besonders für Menschen
78 mit niedrigem Einkommen bereitzustellen. Wir unterstützen die neue Wohnungs-
79 bauinitiative der Stadt und der Wohnungswirtschaft durch geeignete Förderpro-
80 gramme, um in den kommenden fünf Jahren jährlich mehr als 1000 neue Wohnun-
81 gen zu schaffen. Wir wollen mehr Belegrechtswohnungen schaffen, um Zugriff bei

82 der Versorgung mit Wohnraum für diejenigen zu haben, die auf dem freien Woh-
83 nungsmarkt aus verschiedenen Gründen keine Wohnung erhalten.

84 Den engsten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern haben die Stadtbezirksräte. In
85 den Bezirksräten wird Politik unmittelbar vor Ort gemacht. Damit sich die Menschen
86 in unserer Stadt noch stärker beratend einbringen können, werden wir auf städtischer
87 Ebene Verfahren für die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in den Stadtbezirken
88 entwickeln. Dabei muss der richtige Zeitpunkt der Beteiligung gefunden werden, um
89 nicht die Bürgerinnen und Bürger vor vollendete Tatsachen zu stellen.

90 In den Quartieren achten wir darauf, dass Begegnungsorte, (z. B. Plätze, öffentliche
91 Einrichtungen, private Einrichtungen,...) nicht wegfallen. Um das zu gewährleisten,
92 wollen wir gemeinsam mit den handelnden Akteuren vor Ort gemeinsam über die
93 Zukunft der Quartiere diskutieren. Mobilität denken wir ganzheitlich. Gute, schnelle,
94 umweltfreundliche und sichere Mobilität ist eine der großen Herausforderungen des
95 21. Jahrhunderts. Wir wollen ein Verkehrs- und Mobilitätskonzept, das die Interessen
96 und Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer berücksich-
97 tigt. Jeder Mensch soll sich für das Verkehrsmittel seiner Wahl frei entscheiden kön-
98 nen. Wir wollen ein gut und fair funktionierendes Miteinander aller Verkehrsmittel
99 und dabei die Möglichkeiten der Digitalisierung für moderne Verkehrsmanagement-
100 systeme nutzen. Wir werden die Verkehrssicherheit steigern.

101 Der Verkehr in der Stadt soll im kommenden Jahrzehnt weitestgehend schadstofffrei
102 werden. Wir werden die Planungen zur Lärminderung und Luftreinhaltung deshalb
103 weiter intensiv vorantreiben. Die Mobilität hat sich in den letzten Jahren kräftig ver-
104 ändert – die Infrastruktur muss dem folgen. Wir stehen für die Stärkung des ÖPNV
105 und klimafreundlicher Verkehrsmittel.

106 4. Stadt der guten Nachbarschaft – Hannover setzt auf Kultur und Sport

107 Hannover ist sehr lebenswert. In der neuesten Repräsentativerhebung der Landes-
108 hauptstadt sind 91 Prozent der Befragten zufrieden und sehr zufrieden mit ihrem Le-
109 ben in Hannover. Die Umwelt- und Grünqualität wird außerordentlich geschätzt.
110 Hannover steht auch für die gute Kulturarbeit mit vielen Angeboten in den Stadttei-
111 len, ebenso für kulturelle und sportliche Highlights in der Stadt. Die Menschen leben
112 gern hier, weil sie ein reichhaltiges, vielfältiges Angebot an Kultur und Sport vorfin-
113 den. Dieses Angebot werden wir sichern und ausbauen. Wir investieren in die Kultur-
114 einrichtungen und in die Sportstätten. Wir modernisieren die Bäder in Hannover.

115 Zum Vereinssport gehört auch der Schulsport. Besonders an Ganztagschulen ist es
116 wichtig, dass wir die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen in diesem Bereich
117 stärken, um auch in den Schulen die Breite des Sportangebots präsentieren zu können.

118 Wir fördern die Kulturarbeit in den Stadtteilen. Diese einzigartige kulturelle Land-
119 schaft werden wir ebenso pflegen wie die großartigen überregional und international
120 bekannten Einrichtungen und Events unserer Stadt. Das vielfältige Kulturangebot
121 und das breite Spektrum an Kulturschaffenden in unserer Stadt wollen wir nutzen,
122 damit Hannover sich erfolgreich als Europäische Kulturhauptstadt bewirbt.

123 Wir wollen, dass Hannover Kulturhauptstadt wird und das aus gutem Grunde. Han-
124 nover hat eine vielfältige Kulturszene, angefangen bei musikalischen (Groß-) Veran-
125 staltungen, Bands, Theater, bildhafter Kunst, Erinnerungskultur, Gartenkunst, Mu-
126 seen, Literatur, Filmerei und vielem mehr. Allein die EXPO-Plaza, das Theater am Aegi
127 und die Herrenhäuser Gärten sind Aushängeschilder Hannovers weit über die Stadt-
128 grenzen hinweg, aber auch die unzähligen kleineren Initiativen und (städtischen) Ein-
129 richtungen machen Hannover lebens- und liebenswert. Kultur ist kein Luxusgut, son-
130 dern sie ist von Menschen gemacht und ein großer Teil unserer Identität. Daher müs-
131 sen wir sie gut pflegen und regelmäßig darin investieren. Einmal erlangt, kann der
132 Titel „Kulturhauptstadt Europas“ Hannover eine erhöhte Aufmerksamkeit und viele
133 Besucherinnen und Besucher beschern. Einnahmen für und mehr Investitionen in
134 das reichhaltige kulturelle Angebot unserer Stadt wären die Folge. Nach der Kommu-
135 nalwahl, in der die Kulturhauptstadt schon Thema war, geht es nun also in vollen Zü-
136 gen weiter, um dieses Ziel zu erreichen.

137 5. Internationale Stadt – Hannover ist bunt und vielfältig

138 Hannover ist vielfältig. Die verschiedenen Facetten unserer Stadt werden wir in einem
139 Handlungskonzept „Internationale Stadt Hannover“ zusammenführen. Dabei soll die
140 Einzigartigkeit Hannovers als Wissenschaftsstadt, UNESCO City of Music, Messe- und
141 Wirtschaftsstandort, europäische Stadt im Grünen, internationale Partnerstadt und
142 Sportstadt genutzt werden, um die Vielfalt des städtischen Lebens weiterzuentwi-
143 ckeln und die internationalen Kontakte auszubauen.

144 Mit der Europäischen Union ist auch Hannover bunter und vielfältiger geworden. Ein
145 funktionierendes Europa ist im vitalen Interesse von Deutschland, Niedersachsen und
146 Hannover. Hannover als Messestadt ist durch die Europäische Union wirtschaftlich
147 gestärkt worden. Um diese unmittelbaren Vorteile hervorzuheben, möchten wir, dass
148 die Landeshauptstadt Hannover eine Veranstaltungsreihe konzipiert, um die breite
149 Bevölkerung in Hannover für Europa zu begeistern. Wir setzen uns dafür ein, dass die
150 Landeshauptstadt Hannover für ihre internationalen Gäste einen Event-Kalender in
151 englischer Sprache erstellt.

152 Mit den Stadtwäldern, Parks und Naherholungsgebieten ist Hannover eine der grüns-
153 ten Großstädte Deutschlands. Wir streben daher an, dass sich Hannover langfristig
154 für den Titel „European City of Trees“ bewirbt.

155 6. Organisation

156 Wir haben uns auf den Weg gemacht, unsere Partei programmatisch und organisato-
157 risch zu erneuern. Beides gehört zusammen. Je besser wir die Willensbildung von un-
158 ten nach oben organisieren, je größer Mitbestimmung und Teilhabe unserer Mitglie-
159 der sind, desto erfolgreicher werden wir sein. Wir wollen eine SPD zum Mitgestalten.
160 Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder. Sie prägen das Gesicht der SPD. Jede/r Ein-
161 zelne von ihnen verkörpert das, wofür unsere Partei steht: Freiheit, Gerechtigkeit und
162 Solidarität. Wir sind und bleiben eine Mitgliederpartei.

163 Mit dem „Kleinen Parteitag“ am 03. April 2017 haben wir die Ergebnisse der Projekt-
164 gruppe zum Reformprozess vorgelegt und diskutiert. Mit dem vorgelegten Leitantrag
165 haben wir die Anregungen aus dem „Kleinen Parteitag“ aufgenommen.

166 Wir wollen politisches Engagement ermöglichen. Das bedeutet auch, offen für dieje-
167 nigen zu sein, die sich engagieren wollen, ohne gleich Mitglied zu werden. Wir sind
168 eine Anlaufstelle für Verbesserer. Statt zu bevormunden und zu vereinnahmen, hören
169 wir zu. Wir beteiligen insbesondere diejenigen, die sonst nicht gehört werden. Die
170 Volkspartei SPD will auch innerhalb ihrer Mitgliedschaft vielfältiger werden. Mit blo-
171 ßem Willen und schönen Worten ist es nicht getan. Stattdessen schaffen wir attrak-
172 tive Angebote zur Mitarbeit. Wir gehen dahin, wo die Leute sind.

173 Mitgliederbetreuung und –entwicklung, Projektgruppe „Mitgliederentwicklung –
174 und -werbung SPD 2021

175 Wir sehen es als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, Mitglieder auf Dauer an uns
176 zu binden und neue Mitstreiter/innen für uns zu begeistern. Darum heißen wir neue
177 Mitglieder willkommen und ermöglichen es ihnen, sich schnell entsprechend ihren
178 Interessen einzubringen. Kein neues Mitglied darf bei uns in der Warteschleife lan-
179 den. Die Mitgliederentwicklung und die Wertschätzung der Mitglieder werden auf al-
180 len Ebenen der Partei regelmäßig thematisiert. Dem Stadtverband und den Ortsver-
181 einen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Alle Ebenen der Partei ernennen ein Vor-
182 standsmitglied zum/zur Mitgliederbeauftragten. Diese/r ist für die für Bindung, Be-
183 treuung und Rückgewinnung von Mitgliedern verantwortlich und betreut aktiv die
184 Mitgliederwerbung. Der Vorstand kann darüber hinaus weitere Mitglieder mit dieser
185 Aufgabe betrauen.

186 Die Politische Personalplanung und Nachwuchsförderung sind wichtige Aufgaben
187 des Stadtverbandes und der Ortsvereine. Wir sind in der Pflicht, politische Talente zu
188 erkennen und zu fördern. Wir werden gemeinsam mit den Ortsvereinen die Personal-
189 planung zu den Kommunalwahlen 2021 vorbereiten. Dazu werden wir eine Projekt-
190 gruppe „Mitgliederentwicklung –und -werbung SPD 2021“ einsetzen.

191 Nachbarschaftskampagne, Stadtgespräche

192 Mit der Nachbarschaftskampagne zur Kommunalwahl „Hallo Nachbarin, hallo Nach-
193 bar!“ haben wir neue Aktions- und Veranstaltungsformen ausprobiert und sehr gute
194 Erfahrungen gemacht. Die Nachbarschaftskampagne war keine Werbekampagne. Sie
195 versteht sich als moderne Parteiarbeit - gegen Politikverdrossenheit und für die bes-
196 sere Einbeziehung von Anregungen und Wünschen unserer Mitbürgerinnen und Mit-
197 bürger. Dazu gehört: Eine klare Sprache, Probleme offen diskutieren. Sich nicht hinter
198 komplexen Themen und Formulierungen verstecken, sondern aufgreifen, was den
199 Menschen auf dem Herzen liegt. Unsere erfolgreichen Stadtgespräche werden wir da-
200 her fortsetzen.

201 „Kleiner Parteitag“

202 Engagierte Mitglieder sind von unschätzbare Bedeutung für unsere politische Arbeit
203 und die Lebendigkeit unserer Organisation. Je mehr wir sind, desto besser können wir
204 sein. Aber Engagement kommt nicht von alleine. Es hängt auch von den Bedingungen

205 ab, die die Partei den Mitgliedern bietet. Und dazu gehört, in welchem Umfang sie
206 mitgestalten und mitentscheiden können. Um inhaltliche Schwerpunkte gemeinsam
207 in der Partei zu erarbeiten und zu diskutieren, werden wir deshalb vierteljährlich ein-
208 nen „Kleinen Parteitag“ mit dem Stadtverbandsvorstand, dem Stadtverbandsbeirat,
209 den Ortsvereinen, der Ratsfraktion und den Bezirksratsfraktionen mitgliederoffen or-
210 ganisieren. Zu diesem „Kleinen Parteitag“ werden wir themenbezogen Vertreter/in-
211 nen aus der Verwaltung, den Gewerkschaften, der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur
212 und weiterer Stadtöffentlichkeit einladen. Jede Unterstützung macht uns stärker.
213 Auch die von denjenigen, die erst einmal nicht Mitglied werden wollen.

214 Bündnispartnerinnen und Bündnispartner

215 Gerade die Sozialdemokratie hat zahlreiche mögliche Bündnispartner. Viele Organi-
216 sationen teilen unsere Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie unsere
217 Politik für das Gemeinwohl. Das nutzen wir, indem wir Bündnisse mit ihnen eingehen.
218 Wir suchen das Gespräch und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Wohlfahrts-
219 verbänden wie der AWO, gesellschaftlichen Initiativen, Kirchen, sowie Religions- und
220 Weltanschauungsgemeinschaften.

221 Aufgabenverteilung im Stadtverbandsvorstand

222 Wir verstehen uns als Teil der aktiven Bürger- und Bürgerinnengesellschaft. Unsere
223 Partei fördert eine Kultur des Zusammenwirkens. Wir gehen auf uns inhaltlich nahe
224 stehende Organisationen zu und bringen Stärken zusammen. Die Basis für eine gute
225 Zusammenarbeit ist es, sich zu kennen und zu vertrauen.

226 Wir laden die Ortsvereine zur Zusammenarbeit ein. Die Mitglieder des Stadtverbands-
227 vorstandes werden in Zukunft Ansprechpartner der Ortsvereine sein. Jedes Stadtver-
228 bandsvorstandsmitglied wird politisch zuständig für alle Ortsvereine aus einem
229 Stadtbezirk, dem der eigene Ortsverein nicht angehört.

230 Wir werden die Arbeit des Stadtverbandsvorstandes transparenter gestalten. Jedes
231 Mitglied aus dem Stadtverbandsvorstand bekennt sich zu einem Thema und ist An-
232 sprechpartner/in für die/den Sprecher/in aus der Ratsfraktion.

233 Unsere Sitzungen werden wir räumlich regelmäßig bei befreundeten Organisationen
234 abhalten. Damit möchten wir offener und transparenter sein und Kontakte in die
235 Stadtgesellschaft pflegen.

236 Auch außerhalb der Wahlkampfzeiten wollen wir für die Menschen als Partei noch
237 stärker sichtbar sein, beispielsweise durch zentrale Infostände in der Innenstadt, de-
238 zentrale Infostände in den Stadtteilen oder Schwerpunktkampagnen in Zusammen-
239 arbeit mit den Ortsvereinen.

240 Gute Vorsätze konsequent umsetzen!

241 Kritikerinnen und Kritiker verweisen auf frühere Wahlanalysen und Reformprozesse,
242 die zumeist keine oder nur geringe Auswirkungen auf den tatsächlichen Parteilalltag
243 hatten. Wir werden daher eine Art „Controlling“ einführen und klären, wer für was
244 und wie verantwortlich ist. Die Verbindlichkeit in unserer Parteilarbeit werden wir zu
245 einem zentralen Punkt unseres Reformprozesses gestalten.

246 Kommunikationsregeln

247 Der Austausch von unterschiedlichen Standpunkten in der hannoverschen SPD ist
248 nicht immer von einem fairen Umgang geprägt. Wir sollten eine Kultur der gegensei-
249 tigen Anerkennung von unterschiedlichen Meinungen und politischen Standpunkten
250 pflegen. Deshalb werden wir innerparteilich einen fairen Umgang miteinander kultu-
251 vieren, Kommunikationsregeln erstellen und den Grundsatz der innerparteilichen So-
252 lidarität achten.

253 Fort- und Weiterbildung

254 Das „Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe“ bietet ein breites Spektrum zur
255 innerparteilichen Fortbildung. Diese Qualifizierungsangebote werden wir in den kom-
256 menden Jahren stärker in unsere politische Arbeit einbeziehen.

257 Hauptamtlichkeit, Öffentlichkeitsarbeit

258 Die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen sind in unserer Partei von großer Bedeutung.
259 Wir setzen uns dafür ein, ihnen bestmögliche Arbeitsbedingungen und Weiterbil-
260 dungschancen anzubieten. Die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen sind Parteimana-
261 ger/innen mit hoher Kompetenz und wertvollen Erfahrungen. Sie sind hochmotiviert
262 und motivieren ihrerseits. Ihre Aufgaben sind vielfältig und anspruchsvoll. Hauptamt-
263 liche können viel, aber nicht alles leisten. Gemeinsame Aufgabe der Hauptamtlichen
264 ist es, Unterstützung für die Ehrenamtlichen zu gewährleisten. Die Personalsituation
265 im Unterbezirksbüro ist sehr angespannt, insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes
266 wird dies deutlich. Mit 9.000 Mitgliedern und 40 aktiven Ortsvereinen ist der Unter-
267 bezirk größer als mancher Landesverband. Die Landeshauptstadt nimmt zudem die
268 zentrale politische Position für die SPD in Niedersachsen ein. Das Gewicht der Region
269 Hannover für die SPD in Niedersachsen ist sehr hoch. Die erfolgreiche Arbeit der nie-
270 dersächsischen SPD wird in Hannover mitentschieden. Wir benötigen für die politi-
271 sche Arbeit des Unterbezirks und Stadtverbandes Hannover deshalb zusätzliche
272 hauptamtliche Unterstützung. Nur so ist es z.B. möglich, mit kontinuierlicher Öffent-
273 lichkeitsarbeit auf allen wichtigen Medienkanälen präsent zu sein und die gute Ar-
274 beit, die geleistet wird, auch wirksam nach außen darzustellen.

275 7. Verantwortung für die SPD und Hannover

276 Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die Partei. Wir werden unseren Bei-
277 trag für die Weitergestaltung von Hannover leisten. Die große Tradition und Erfah-
278 rung der SPD in Hannover ist für uns Verpflichtung und Ansporn zugleich. Wir orien-
279 tieren uns an den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Als
280 stärkste politische Kraft in Hannover setzen wir uns für den sozialen und ökologischen
281 Fortschritt in Hannover ein. Hannover braucht eine starke Sozialdemokratie. Wir stel-
282 len uns den Herausforderungen der Gegenwart und arbeiten für eine bessere Zukunft
283 in Hannover.

284 Empfehlung der Antragskommission:

285 Annahme.

A 1 - Heinz muss bleiben!

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

1 Im Rahmen des Bäderkonzeptes wird es in den kommenden Jahren einen Neubau des
2 Fössebads in Limmer geben. Wir begrüßen diesen Neubau ganz ausdrücklich.

3 Das „Béi Chéz Heinz“ ist als Untermieter im Untergeschoss des Fössebads vom Neu-
4 bau und der neuen Situation am Standort in der Liepmannstraße ebenfalls betroffen.
5 Da bis zur Fertigstellung bzw. bis zur Inbetriebnahme des Fössebad-Neubaus das alte
6 Fössebad in Betrieb bleiben wird und damit auch das Béi Chéz Heinz seinen Betrieb
7 am Standort problemlos fortsetzen kann, ist ein Neubau nicht nur für das Fössebad
8 wirtschaftlich sinnvoll, sondern ist auch im Interesse des Heinz.

9 Das Béi Chéz Heinz ist ein Ort mit einer immensen kulturellen Bedeutung, die weit
10 über die Grenzen Linden-Limmers, Hannovers und der Region Hannover hinausgeht.
11 Obwohl das Heinz keine städtische Einrichtung ist und auch keine öffentlichen För-
12 dergelder erhält, trägt es zur Kulturlandschaft Hannovers entscheidend bei. Deshalb
13 darf mit dem Betriebsschluss des alten Fössebades nicht der Betriebsschluss des Béi
14 Chéz Heinz einhergehen!

15 Das Heinz muss bleiben. In Unterstützung des Béi Chéz Heinz müssen alle Möglich-
16 keiten für den Verbleib am bisherigen Standort sorgfältig und wohlwollend geprüft
17 werden. Sollten diese zu keiner realisierbaren Option führen, muss das Heinz von
18 städtischer Seite darin unterstützt werden, einen neuen vergleichbaren oder sogar
19 noch besseren Standort zu finden. Dieser muss dann in einer ähnlich passenden Lage
20 gefunden werden, weil eine solche Einrichtung auch davon lebt, dass ein lebendiger
21 und kulturell aktiver Stadtteil vor der Haustür liegt und dort ein produktiver und
22 fruchtbarer gegenseitiger Austausch stattfindet.

23 Wir sagen ganz klar: Das Heinz muss bleiben und kann sich unserer Unterstützung
24 sicher sein!

25 **Begründung:**
26 Erfolgt mündlich.

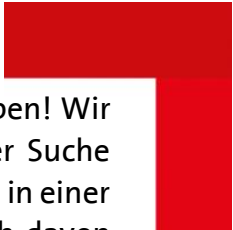
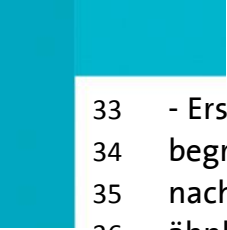
27

28 **Empfehlung der Antragskommission:**

29 Annahme mit folgenden Änderungen und Weiterleitung an die SPD-Ratsfraktion

30 - Änderung Überschrift in „Heinz erhalten“

31 - Ändere Zeile 12 und 13 „Deshalb“ bis „einhergehen“ in: „Deshalb darf mit dem Be-
32 triebsschluss des alten Fössebades nicht das Aus des „Bei Chez Heinz“ besiegelt sein!“



33 - Ersetze Zeile 14 bis 22: „Als SPD fordern wir: Das Heinz muss erhalten bleiben! Wir
34 begrüßen daher die Ankündigung der Landeshauptstadt Hannover, bei der Suche
35 nach einem Alternativstandort unterstützend tätig zu sein. Dieser muss dann in einer
36 ähnlich passenden Lage gefunden werden, weil eine solche Einrichtung auch davon
37 lebt, dass ein lebendiger und kulturell aktiver Stadtteil vor der Haustür liegt und dort
38 ein produktiver sowie fruchtbarer gegenseitiger Austausch stattfindet. Weiterhin be-
39 grüßen wir die Ankündigung, den Weiterbetrieb von „Béi Chéz Heinz“ solange im bis-
40 herigen Gebäude zu ermöglichen, wie dies aus baulicher Hinsicht vertretbar ist.“

A 2 - Wessen Welt ist die Welt? – Öffentlichen Raum für junge Menschen erkämpfen, bewahren und ausbauen

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

1 Öffentlicher Raum gehört allen Bürger*innen in einer Stadt und er sollte auch allen
2 gleichermaßen zugänglich und für alle nutzbar sein. Als politische Jugendorganisa-
3 tion sehen wir die Nutzung und Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Gebäuden und
4 Räumlichkeiten in öffentlicher Hand sowie selbstverständlich von Parks und Grünflä-
5 chen als zentrales Instrument an, um unsere Stadt bzw. unsere Kommune zu einem
6 lebenswerten und liebenswerten Ort zu machen.

7 Leider beobachten wir vermehrt, dass es in der öffentlichen sowie in der politischen
8 Debatte oft vordergründig darum geht, wie man bestimmte Gruppen aus öffentli-
9 chem Raum ausschließt oder wie man öffentlichen Raum am besten vermarkten
10 kann. So mussten wir zusehen, wie beispielsweise der Falkenkeller in Barsinghausen
11 geschlossen wurde und wie in jedem Sommer eine öffentliche Debatte über das „Lim-
12 mern“ und neuerdings auch über das „Luthern“ entflammt. Schließlich erinnert auch
13 das Alkoholkonsumverbot, das seit dem Jahreswechsel in Bussen, Bahnen und Stati-
14 onen der üstra gilt, an diese Tendenz.

15 Wir stellen uns dieser Entwicklung klar und deutlich entgegen! Wir wollen nicht, dass
16 die Flächen im öffentlichen Raum immer kleiner werden oder durch langwierige und
17 komplizierte Genehmigungsverfahren der Verwaltung der Zugang zu ihnen stets mit
18 mehr Aufwand und immer höheren Hürden verbunden ist.

19 Emanzipation junger Menschen im und durch öffentlichen Raum stärken

20 Auch in einer immer älter werdenden Gesellschaft dürfen die Bedürfnisse junger
21 Menschen im öffentlichen Raum nicht außer Acht gelassen werden. Wir brauchen
22 Sportanlagen, Bolzplätze und Jugendzentren, deren Zugang so niedrigschwellig wie
23 möglich sein muss.

24 Öffentlicher Raum ist für junge Menschen meistens die einzige Möglichkeit sich jen-
25 seits von der Schule und dem Elternhaus selbstbestimmt zu treffen. Diese Möglichkeit
26 ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Jugendlichen. Daher ist es falsch
27 öffentlichen Raum für junge Menschen zu verkleinern oder ihn durch ein Übermaß an
28 Regeln oder Verboten für diese Gruppe unnutzbar zu machen. Wir wollen Kinder, Ju-
29 gendliche und junge Erwachsene nicht in private Räume verdrängen. Wir wollen öf-
30 fentlichen Raum an ihren Bedürfnissen orientieren, weil sie dort genauso hingehören,
31 wie alle anderen Menschen auch. Partykeller der Eltern statt Jugendzentrum oder el-
32 terlicher Pool statt kommunales Freibad sind keine Konzepte, die zu einer jungen und
33 lebenswerten Stadt beitragen. – Sie führen zu Verdrängung, zu sozialer Spaltung nach
34 den Besitzverhältnissen der Eltern und zu einer Stadt, mit der sich niemand identifi-
35 ziert.

36 Wir begrüßen sehr, dass Städte dieses Problem zum Teil erkennen und versuchen da-
37 rauf aufmerksam zu machen, wie dies zum Beispiel die Stadt Hannover mit ihrer Ak-
38 tion „Platz nehmen! Mehr Akzeptanz für Jugendliche im öffentlichen Raum“¹ getan
39 hat.

40 **Demokratie statt Verbote: Bürger*innenbeteiligung in *unserer Nachbar*innenschaft***
41 **stärken!**

42 Unsere Antwort auf die eben beschriebenen Herausforderungen lautet: Demokratie
43 statt Verbote!

44 Elementarer Bestandteil einer modernen Stadtentwicklung ist Bürger*innenbeteili-
45 gung bzw. Nachbar*innenschaftsbeteiligung. Sowohl in kleineren Städten als auch
46 und insbesondere in größeren Städten ist es meist die mangelnde soziale Kontrolle,
47 die öffentlichen Raum zu Angst- oder Gewalträumen werden lässt. Wir wollen, dass
48 öffentlicher Raum in Zusammenarbeit und mit Beteiligung der Menschen gestaltet
49 wird, die diesen Raum nutzen und/oder in der direkten Nachbar*innenschaft wohnen.
50 Wir sind davon überzeugt, dass allein durch die Alltagsperspektive und -erfahrung der
51 Anwohner*innen Räume entstehen, die einerseits weniger Potential für Angst- und
52 Gewalträume bieten und in denen andererseits von der Seite der Anwohner*innen
53 auch mehr Aufmerksamkeit und Rücksicht für diese Räume herrscht, da sie ja selbst
54 an der Gestaltung mitgewirkt haben. Durch die gemeinsame Erarbeitung und Gestal-
55 tung *unserer Nachbar*innenschaft* wird eine wichtige Sensibilität für den öffentli-
56 chen Raum und die in ihm geschaffenen Nutzungsangebote sowie auch für die mög-
57 lichen Nutzungskonflikte entwickelt.

58 Nutzungskonflikte wollen wir nicht mit Verboten und einem Übermaß an Regeln ver-
59 schieben oder verdrängen. Wir stehen stattdessen auch hier für einen Weg der brei-
60 ten Beteiligung. Alle Gruppen, die bestimmten öffentlichen Raum freiwillig oder
61 zwangsläufig nutzen, sollten ihre Nutzungsvorstellungen einbringen können und
62 diese sollten sich in der Raumplanung auch wiederfinden. Egal ob Familien mit klei-
63 nen Kindern auf dem Spielplatz, Menschen mit Handicap, Jugendliche auf einer Ska-
64 teranlage, ein ansässiges Trinker*innenmilieu oder welche Gruppen und Nutzungen
65 man sonst noch antrifft: Es gibt städtebauliche Möglichkeiten die verschiedensten
66 Nutzungen nebeneinander zu realisieren, ohne dass zwangsläufig Konflikte entste-
67 hen müssen. Auch der Einsatz von Sozialarbeiter*innen oder Streetworker*innen sind
68 denkbare Varianten, um konfliktfreie, barrierefreie, öffentliche Räume mit einem viel-
69 fältigen Angebot für alle zu realisieren.

70 Ein weiterer Aspekt von Beteiligung ist für uns die Berücksichtigung und Akzeptanz
71 von bestehendem Nutzungsverhalten. Öffentlicher Raum wird zwangsläufig von be-
72 stimmten Gruppen genutzt und von anderen nicht. Hierbei gilt für uns der Grundsatz,
73 dass sich nicht die Menschen der Städteplanung anzupassen haben, sondern dass das

1 siehe <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Verwaltungen-Kommunen/Die-Verwaltung-der-Landeshauptstadt-Hannover/Dezernate-und-Fachbereiche-der-LHH/Bildungs-%2C-Jugend-und-Familiendezernat/Fachbereich-Jugend-und-Familie-der-Landeshauptstadt/Kinder-und-Jugendarbeit-der-Landeshauptstadt-Hannover/Jugendschutz-Stra%C3%9Fensozialarbeit/Platz-nehmen%21-Mehr-Akzeptanz-f%C3%BCr-Jugendliche-im-%C3%B6ffentlichen-Raum>

74 bestehende Nutzungsverhalten für die Planungen relevant zu sein hat. Wenn der
75 Raum bereits bestimmte Gruppen anspricht, sollte dieses Potential genutzt werden.
76 Natürlich kann man immer darüber diskutieren, ob der Raum noch weitere Möglich-
77 keiten bietet, um andere Nutzungsangebote zu schaffen.

78 Statt für eine viel benutzte Wiese in einem Park ein Grillverbot oder ein langwieriges
79 Genehmigungsverfahren für das Grillen auf dieser Fläche zu debattieren, sollte dar-
80 über nachgedacht werden, ob die Möglichkeit besteht, auf dieser Wiese städtische
81 Grillplätze zur Verfügung zu stellen, die niedrigschwellig und kostenlos genutzt wer-
82 den können. Statt über Vermüllung zu klagen, sollten einfach dort viele Mülleimer
83 aufgestellt werden, wo viel Müll anfällt usw.

84 Wir wollen schlichtweg, dass sich die Stadt so entwickelt, wie es dem Alltag der Bür-
85 ger*innen entspricht und nicht im Sinne von Entwürfen, denen keine Lebenswirklich-
86 keit innewohnt. Wir wollen berücksichtigen, welche Plätze sich Menschen in der Stadt
87 suchen und nehmen, um – wo es möglich ist - das entsprechende Angebot zu schaf-
88 fen.

89 Rechtliche Auseinandersetzungen um Verbote oder Gebote in einer Nachbar*innen-
90 schaft sind selten konstruktiv. Hier könnte man auch über gesetzliche Änderungen
91 diskutieren, die beispielsweise bei einer Wohnortwahl in der Nähe eines Kindergar-
92 tens, eines Sportplatzes oder einer Schule auch eine Einwilligung in besondere Lärm-
93 beeinträchtigungen voraussetzen, die im Zusammenhang mit der spezifischen Nut-
94 zung dieser öffentlichen Räume stehen.

95 **Unser Konzept: Öffentliche Wohlfühlräume schaffen**

96 Öffentlicher Raum muss aus unserer Sicht ein Raum sein, in dem für alle Menschen
97 Sicherheit besteht – aber dies nicht nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kri-
98 minalstatistiken, sondern es muss auch für alle ein subjektives Wohlbefinden möglich
99 sein. Um diesem Konzept auch einen Begriff zu geben, sprechen wir von öffentlichen
100 Wohlfühlräumen.

101 Wohlfühlräume stehen zum einen für die bereits beschriebenen konfliktfreien, barri-
102 erefreien, öffentlichen Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Be-
103 teiligung von Bürger*innen und Nachbar*innen gestaltet werden. Sie sind aber ande-
104 rerseits auch der Gegenbegriff zu Angst- und Gewalträumen, die für bestimmte Grup-
105 pen ein Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschreckung bedeuten. Vor allem dunkle
106 Ecken, Baustellen, Verdreckung, unangenehmer Geruch und nicht ausgeräumte Nut-
107 zungskonflikte verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen Angst- und
108 Gewalträume immens. Dem setzen öffentliche Wohlfühlräume eine offene, über-
109 sichtliche, gut beleuchtete und auf die Nutzung der ansässigen Menschengruppen
110 abgestimmte Bauweise entgegen. Darüber hinaus fördern Beteiligung und die ver-
111 stärkte Belebung von Wohlfühlräumen die soziale Verantwortung und die Sensibili-
112 tät der Anwohner*innen.

113 Die Existenz von Angst- und Gewalträumen ist ein sehr wesentliches Problem im öf-
114 fentlichen Raum. Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird dem

115 Problem nicht gerecht. Auch die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die Auswei-
116 tung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind nicht hilfreich, um dieses
117 Problem nachhaltig zu lösen.

118 Sicherlich ist es sinnvoll, Aufklärungsarbeit gegenüber einigen Gruppen zu betreiben,
119 um darauf aufmerksam zu machen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die
120 „objektive“ Gefahrensituation zum Teil doch deutlich auseinanderliegen, aber den-
121 noch bleibt es dabei, dass das Konzept öffentlicher Wohlfühlräume das Leitbild der
122 Städteplanung für eine moderne Kommune des 21. Jahrhunderts werden muss.

123 Empfehlung der Antragskommission:

124 Weiterleitung an die SPD-Ratsfraktion

A 3 - Benennung einer Straße oder eines Platzes in der Landeshauptstadt Hannover nach Helmut Schmidt

Antragssteller: OV Misburg (unterstützt von OV Anderten und OV Hainholz-Vinnhorst)

- 1 Der Parteitag möge beschließen:
- 2 In der Landeshauptstadt Hannover eine/n geeignete/n Straße oder Platz nach dem
- 3 verstorbenen ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt zu benennen.
- 4 **Begründung:**
- 5 Helmut Schmidt war seit den 1960er Jahren ein sehr profilierter Politiker in der
- 6 Bundesrepublik Deutschland. Als Hamburger Innensenator fiel er bei der Bewältigung
- 7 der dortigen Sturmflut 1962 erstmals durch ein unbürokratisches und hoch effizientes
- 8 Krisenmanagement auf. Als deutscher Bundeskanzler hatte er in den 1970er Jahren
- 9 mit dem RAF-Terrorismus umzugehen, was er mit Erfolg tat und damit der
- 10 Bundesrepublik Deutschland durch ihre wahrscheinlich schwerste Krise half. Der
- 11 Name Helmut Schmidt ist allerdings nicht nur mit Krisensituationen verbunden,
- 12 sondern beispielsweise auch mit einem zentralen Schritt zu einer sozial
- 13 fortschrittlichen Wirtschaftspolitik, der Ausweitung der betrieblichen
- 14 Mitbestimmung, die in seiner Amtszeit etabliert wurde und sich seither gut bewährt
- 15 hat. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers 1982 war Helmut
- 16 Schmidt ein gefragter Publizist, politischer Berater und fundierter Interview-Partner.
- 17 Da seine Bedeutung bundesweit ist, sollte auch in Hannover die Benennung einer
- 18 Straße oder eines Platzes nach Helmut Schmidt in angemessener Weise erfolgen.
- 19 **Empfehlung der Antragskommission:**
- 20 Annahme in folgender Fassung und Weiterleitung an die SPD-Ratsfraktion:
- 21 „Der SPD-Stadtverband Hannover fordert die Benennung einer geeigneten Straße
- 22 oder eines geeigneten Platzes nach dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler
- 23 Helmut Schmidt.



A 4 - Stärkung der Bezirksräte und der Demokratie vor Ort

Antragsteller: OV Oststadt/Zoo

- 1 Es möge der Stadtverbandsparteitag folgenden Beschluss fassen und an die Ratsfrak-
- 2 tion der SPD weiterleiten:

- 3 „Nach Mehreinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe durch unerwartet hohe Ge-
- 4 werbesteuerereinnahmen sollen den Bezirksräten als stadtbezirksnächsten Gremien
- 5 jährlich insgesamt 500.000,- € mehr an Haushaltsmitteln zur Förderung von Kultur,
- 6 Kindern, Initiativen, Vereinen, gemeinnützigen Initiativen u.ä. zur Verfügung gestellt
- 7 werden.
- 8 Die mit Ablauf des 31.10. des jeweiligen Jahres von den jeweiligen Bezirksräten nicht
- 9 abgerufenen Haushaltsmittel sollen nach geltendem Schlüssel auf alle Bezirksräte
- 10 verteilt werden.“

- 11 **Begründung:**
- 12 folgt mündlich

- 13 **Empfehlung der Antragskommission:**

- 14 Überweisung an den AK Bezirksräte

A 5 - Antrag zur Stärkung des Vergnügungssteueraufkommens

Antragsteller: OV Oststadt/Zoo

1 Es möge der Stadtverband der SPD folgenden Beschluss fassen und an die SPD-Rats-
2 fraktion weiterleiten:
3 „Der Stadtverband der SPD setzt sich dafür ein, dass der in § 7 Abs. 5 der Vergnügungs-
4 steuersatzung der Landeshauptstadt Hannover bisher vorgesehene Steuersatz der
5 Spielgerätsteuer von monatlich 20% des Einspielergebnisses von Geldspielgeräten
6 auf 40% angehoben wird, zumindest jedoch auf das höchst zulässige Maß. Die Stadt
7 Hannover erhöht die Stellen für die Kontrolle der Spielhallen auf zumindest fünf.“

8 **Begründung:**

9 Die Spielhallenindustrie verursacht in Deutschland für Millionen von Menschen durch
10 die Förderung der Spielsucht ein unermessliches Maß an Leid, zerstört Familien, ver-
11 nichtet zahlreiche wirtschaftliche Existenzen und führt in einigen Fällen zu einem ho-
12 hen Maß an Beschaffungskriminalität.

13 Wie bei einer Anhörung des Stadtbezirksrats Mitte vom 11.03.2013 (vgl. Protokoll der
14 Bezirksratssitzung im Portal Sitzungsmanagement Hannover) bekannt wurde, sind
15 auch in Hannover tausende von Menschen von der Spielsucht betroffen und erfordern
16 ein immenses Maß an sozialer Betreuung mit hohen Folgekosten.

17 So ist von 2008 bis 2013 etwa die Zahl der Ratsuchenden nach Angaben des Diakoni-
18 schen Werkes um mehr als 200 % gestiegen.

19 Unter Berücksichtigung der millionenschweren sozialen Folgekosten der Spielsucht,
20 der Überschuldung ganzer Familien, der Insolvenz zahlreicher Betroffener alleine in
21 der Stadt Hannover soll die Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte deutlich erhöht
22 werden.

23 Zumindest solange die Steuer keine Erdrosselungswirkung aufweist, ist die Erhöhung
24 der Spielgerätsteuer nach Ansicht des BVerwG nicht zu beanstanden, wobei ein
25 wachsender Markt an Spielhallen ein starkes Indiz gegen eine Erdrosselungswirkung
26 sei (vgl. Urteil des BVerwG vom 10.12.2009, 9 C 12/08).

27 Zumindest bis 2013 wurde die Kontrolle aller Spielbanken durch eine einzige Stelle bei
28 der LHH wahrgenommen, die sich drei Personen geteilt haben. Insoweit besteht noch
29 ein gewisser Nachholbedarf.

30 **Empfehlung der Antragskommission:**

31 Ablehnung

B 1 - Mehr Bauland für mehr Wohnraum!

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

1 Bezahlbarer Wohnraum wird in Teilen der Region Hannover und insbesondere im
2 Zentrum Hannovers immer knapper. Dies liegt nur zum Teil an unseren neuen zu uns
3 geflüchteten NachbarInnen und ist schon länger ein Problem und liegt auch am An-
4 stieg von Studierendenzahlen und gesellschaftlichen Veränderungen. Seit langem be-
5 klagen junge Menschen und StudienanfängerInnen, dass es zunehmend schwieriger
6 würde, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Auch Menschen mit geringer Rente, Leis-
7 tungsempfängerInnen, GeringverdienerInnen und Menschen mit schwierigen, etwa
8 durch Sucht geprägte, Biografien haben es schon länger schwer, geeigneten Wohn-
9 raum zu finden.

10 Durch weniger Leerstand und energetisch sanierten Wohnraum steigen auch die Mie-
11 ten.

12 Nun ist es bereits so, dass insbesondere das Land Niedersachsen bereits ein Wohn-
13 raumförderungsprogramm auf den Weg gebracht hat ebenso wie die Kommunen, die
14 bereits versuchen günstigen Wohnraum zu fördern. Zu neuem Wohnraum, der be-
15 zahlbar und gut angebunden ist, bedarf es aber auch adäquaten Baulands.

16 Wir wollen damit keinesfalls die Grünflächen der Kommunen zubetonieren oder nur
17 noch Hochhäuser bauen. Es müssen andere Wege gefunden werden um den neuen
18 Herausforderungen gerecht zu werden.

19 **Wir fordern daher:**

20 - Es muss mehr attraktives Bauland ausgeschrieben werden.

21 - Es muss geprüft werden, wo gut angebundene leerstehende Industriefläche -
22 etwa in Gewerbegebieten - umgewidmet werden und als Bauland ausgeschrieben
23 werden kann. (Beispiele dafür wären etwa die Leerstände im Gewerbegebiet zwi-
24 schen Davenstedter und Badenstedter Straße oder in Vahrenwald in der Stadt Han-
25 nover.)

26 - Es muss bei Ausschreibungen weiterhin darauf geachtet werden, ausreichend so-
27 zialen Wohnungsbau bereit zu stellen.

28 - Die SPD hat sich immer für sozialen Wohnungsbau eingesetzt und muss auch in
29 der Baulandpolitik eine VorreiterInnenrolle einnehmen. Neubauten müssen von Vor-
30 hinein barrierefrei sein, um der UN BRK gerecht zu werden.

31 Einige Kommunen in der Region Hannover haben bereits Baulandoffensiven ange-
32 schoben, die SPD muss sich für weitere ähnliche Initiativen stark machen.

33 Auf eine gute Durchmischung von Ein- und Mehrfamilienhäusern und Geschossbau
34 muss geachtet werden.

35 Mehr attraktives und bezahlbares Bauland in Kombination mit Wohnungsförderpro-
36 grammen und der Einbindung von WohnungsbaugenossInnenschaften wird auch zu

37 mehr bezahlbarem Wohnraum in den Stadtzentren führen und allen zu Gute kom-
38 men.

39 Empfehlung der Antragskommission:

40 Erledigt durch Beschlusslage

B 2 - Tiefseehafen am Maschsee

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

1 Wir fordern, am Maschsee einen Tiefseehafen zu errichten und den Maschsee mit
2 dem Stichkanal Hannover-Linden zu verbinden.

3

4 **Begründung:**

5 Die Stadt Hannover ist eine wachsende Stadt. Um auch in der Zukunft von einer wach-
6 sendenden Wirtschaft zu profitieren, muss in die Infrastruktur investiert werden.

7 Hannover ist optimal gelegen: Die Autobahnen A2 und A7 treffen sich, es gibt einen
8 großen Eisenbahnknotenpunkt, mit geplantem Güterbahnhof auf der Bult, und viele
9 Logistikunternehmen. Eine weitere Verbindung ergibt sich mit dem geplanten Flug-
10 hafen in Hannover-Waldheim. Durch einen Hafen können alle diese Standortfaktoren
11 verknüpft werden und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

12 Durch den geplanten Tiefseehafen können Containerschiffe der neusten Kategorie
13 sowie große Kreuzfahrtschiffe Hannover anlaufen. Letztes würde die Zahl der Touris-
14 ten erhöhen, wodurch die Hotel- und Gastgewerbe sowie der Einzelhandel in Hanno-
15 ver profitieren.

16 Der neue Hafen würde in Sichtweite des Stadions von Hannover 96 gebaut werden,
17 was die Anreise der internationalen Fans zu den Champions-League-Spielen deutlich
18 verkürzen würde.

19 Um die Vorteile des Hafens optimal nutzen zu können, ist die Verbindung vom Masch-
20 see mit dem ausgebauten Stichkanal Hannover-Linden unumgänglich.

21 **Empfehlung der Antragskommission:**

22 Ablehnung

B 3 - Erhalt und Sanierung des Bürgerhauses Misburg

Antragssteller: OV Misburg (unterstützt durch den OV Anderten und OV Hainholz-Vinnhorst)

- 1 Der Parteitag möge beschließen:
- 2 Die Stadt Hannover wird aufgefordert, für den Erhalt und die Sanierung des
- 3 Bürgerhauses Misburg dauerhaft Sorge zu tragen.
- 4 **Begründung:**
- 5 Da Misburg ein wachsender Stadtteil ist, wird dort das Bürgerhaus als
- 6 Veranstaltungsstätte benötigt. Der Bedarf dafür wird in den kommenden Jahren
- 7 steigen. Misburg hat zudem gegenüber anderen Stadtteilen den Nachteil, dass es
- 8 über kein Freizeithaus verfügt. Das Bürgerhaus Misburg ist äußerst wichtig für die
- 9 soziale Identität im Stadtteil und für die dortigen Verbände und Vereine.
- 10 **Empfehlung der Antragskommission:**
- 11 Annahme in folgender geänderter Fassung und Weiterleitung an die SPD-
- 12 Ratsfraktion: „Der SPD Stadtverband Hannover setzt sich für den Erhalt und die
- 13 Sanierung des Bürgerhauses Misburg ein.“

B 4 - Stadtentwicklung und Baupolitik in Hannover

Antragssteller: OV Oststadt/Zoo

1 Es möge der Stadtverbandsparteitag folgenden Beschluss fassen und an die Ratsfrak-
2 tion der SPD weiterleiten:

3 -„Die SPD setzt sich für eine nachhaltig integrative und sozial gerechte Stadtentwick-
4 lungs- und Baupolitik ein, die aktiv Gentrifizierungstendenzen und damit dem Ent-
5 stehen von sozialen Brennpunkten frühzeitig entgegenwirkt, die auch langfristig die
6 integrative Unterbringung von bisher wohnungslosen Personen sowie von einkom-
7 mensschwächeren Personen, von Sozialleistungsberechtigten und von Flüchtlingen
8 im gesamten Stadtgebiet vorsieht, und die nicht neoliberal davon ausgeht, dass der
9 Markt selbst Angebot und Nachfrage ausreichend regelt („Sickereffekt“), sondern
10 eine aktive Rolle am Wohnungsmarkt einnimmt, und die EigentümerInnen von
11 Wohnraum nach Art. 14 GG im Hinblick auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zur
12 Verbesserung der Wohnungssituation in die Pflicht nimmt.“

13 Eine Politik,

14 1. bei welcher sich die Stadt Hannover per kommunaler Satzung - wie bereits in an-
15 deren Großstädten wie etwa München geschehen - eine sozialgerechte Bodennut-
16 zungssatzung gibt, aus welcher sich in allen Bauleitplänen für die Vorhabenträger au-
17 tomatisch die Verpflichtung ergibt, einen Anteil von mindestens 25% für Wohnraum
18 vorzusehen, der die Eingangsmiete des öffentlich-geförderten Wohnungsbaus vor-
19 sieht und in welcher die Vorhabenträger verpflichtet werden, sich an den Kosten der
20 sozialen Infrastruktur zu beteiligen (Kindergarten- Krippenplätze, Spielplätze u.ä.).

21 2. bei der als stadtentwicklungspolitische Zielsetzung in allen Stadtteilen und Quar-
22 tieren der Stadt für jede Person, insbesondere auch für geringverdienende sowie ein-
23 kommens- und vermögenslose Mitmenschen ein bezahlbares Wohnen möglich bleibt
24 bzw. wieder wird.

25 3. die den kommunalen Wohnungsbestand der Hanova/GBH durch Ankäufe und
26 Neubauvorhaben in der Stadt nachhaltig wachsen lässt und den Mietparteien der Ha-
27 nova/GBH zusichert, dass ihre Wohnungen nicht verkauft werden.

28 4. die bei der Verfolgung von Mietwucher nach § 5 WiStG und Wucher am Woh-
29 nungsmarkt nach § 291 StGB aktiv mitwirkt; es soll dabei eine Beschwerdestelle bei der
30 Stadt eingerichtet werden, an die sich alle Betroffenen unkompliziert per Hotline wen-
31 den können.

32 5. die die Zahl der Belegrechtswohnungen, deren Anzahl von 1999 bis 2013 von über
33 33.000 auf ca. 19.000 Wohnungen nachgelassen hat, wieder deutlich erhöht und über
34 die Stadtteile gleichmäßig verteilt, so dass der Anteil an Belegrechtswohnungen
35 stadtweit künftig mindestens 10% des Bestandes beträgt.

36 6. die die Wiedereinführung einer moderaten Fehlbelegungsabgabe prüft, deren
37 Einnahmen der Schaffung neuer Belegrechte dient.

38 7. durch die in Bereichen der Stadt mit einem Überhang auf der Nachfrageseite auf
39 dem Wohnungsmarkt von der Stadt keine Verkäufe von eigenen und keine im Eigen-
40 tum der Hanova/GBH oder der ZVK stehenden Grundstücke mehr erfolgen.

41 8. die für die Verantwortlichen von mehr als 3 Monate leerstehendem Wohnraum
42 eine Anzeigepflicht und eine Leerstandsabgabe wie in Hamburg einführt.

43 9. die durch starke wirksame Kontrollen dafür sorgt, dass illegale Machenschaften
44 von Vermieter- bzw. Maklerseite, durch die Wohnungssuchende und Mieter belastet
45 werden, unterlassen werden.

46 10. die transparent die Situation auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt veröffent-
47 licht, indem monatlich die Daten über die Zahl und die Art der von der Stadt vermit-
48 telten Wohnungen und die jeweilige Leerstandsquote auf dem hannoverschen Woh-
49 nungsmarkt bekannt gegeben werden.

50 **Begründung:**
51 folgt mündlich

52 **Empfehlung der Antragskommission:**

53 Annahme mit folgenden Änderungen:

54 - Ersetze in Zeile 4 das Wort „nachhaltig“ durch „dauerhaft“

55 - Ersetze Zeile 12 durch: „Darunter verstehen wir eine Politik, ...“

56 - Ersetze Zeile 26 bis 28 durch: „die bei der Verfolgung von Mietwucher nach §5 WiStG
57 und Wucher am Wohnungsmarkt nach §291 StGB aktiv mitwirkt.“, Streichung des
58 nachfolgenden Halbsatzes in Zeile 27 und 28

B 5 - Anwendung der Möglichkeiten des BauGB

Antragsteller: OV Oststadt/Zoo

59 Es möge der Stadtverbandsparteitag folgenden Beschluss fassen und an die Ratsfrak-
60 tion der SPD weiterleiten:

61 „Zur Stärkung der Situation von Mieterinnen und Mietern sowie von Wohnungssu-
62 chenden in Hannover sollen die im Baugesetzbuch vorgesehenen Möglichkeiten zur
63 Einwirkung auf die Stadtentwicklung, die Vermieterseite und den Wohnungsmarkt
64 genutzt werden, um nach § 1 Abs. 5 BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwick-
65 lung zu gewährleisten und um auch gerade die sozialen Anforderungen mit den wirt-
66 schaftlichen und umweltschützenden Belangen in Einklang zu bringen.“

67 Dabei sollen insbesondere die folgenden vom Gesetzgeber vorgesehenen Werkzeuge
68 des Baurechts auch in der Verwaltungspraxis in geeigneten Fällen Anwendung fin-
69 den:

70 1. In Gebieten der Stadt, in denen eine Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum
71 nicht sichergestellt ist, soll mit Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2
72 BauGB und der damit verbundenen besonderen Genehmigungsbedürftigkeit dafür
73 gesorgt werden, dass die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung erhalten bleibt.

74 2. Es wird in jedem Einzelfall geprüft, inwieweit Eigentümer von Brachflächen oder
75 Baulücken, die in Wohngebieten eine Missnutzung vorsehen, mit Baugeboten nach §
76 176 BauGB verpflichtet werden können.

77 3. Insbesondere bei heruntergekommenen bzw. verschimmelten Wohnräumen sol-
78 len die Eigentümer nach § 177 BauGB zur Modernisierung und Instandsetzung ver-
79 pflichtet werden.

80 4. In Bereichen der Stadt, in denen Benachteiligungen durch soziale Missstände be-
81 stehen oder ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht, sollen weiterhin verstärkt
82 Maßnahmen der Sozialen Stadt nach § 171 e) BauGB ergriffen werden und Entwick-
83 lungskonzepte auf den Weg gebracht werden.

84 5. An geeigneten unbebauten Grundstücken sowie in Bereichen für städtebauliche
85 Maßnahmen soll die Stadt ihr gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB durch Sat-
86 zung begründen, welches dann ausgeübt werden soll, wenn es das Wohl der Allgemein-
87 heit es rechtfertigt.

88 **Begründung:**
89 folgt mündlich

90 **Empfehlung der Antragskommission:**

91 Annahme



B 6 - Einrichtung einer parteioffenen Arbeitsgemeinschaft Bauen und Stadtentwicklung

Antragssteller: OV Oststadt/Zoo

- 1 Es möge der Stadtverbandsparteitag folgenden Beschluss fassen und an die Ratsfraktion der SPD weiterleiten:
- 2
- 3 „Die vorhandene AG Bauen und Stadtentwicklung der SPD Ratsfraktion wird für alle
- 4 interessierten Parteimitglieder geöffnet; hilfsweise wird eine ständige AG Bau und
- 5 Stadtentwicklung eingerichtet, die für alle Parteimitglieder offen ist, regelmäßig
- 6 tagt, mindestens 2 Mitglieder aus ihren Reihen wählt und in die Bau-AG der SPD Rats-
- 7 fraktion mit zumindest beratender Stimme entsendet.“
- 8 **Begründung:**
- 9 folgt mündlich
- 10 **Empfehlung der Antragskommission:**
- 11 Ablehnung

B 7 - Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung in Hannover

Antragssteller: OV Misburg (unterstützt durch den OV Anderten)

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 Die Teilfinanzierung von Straßenausbaumaßnahmen durch die Kostenbeteiligung
3 von Anliegern (Straßenausbaubeitragsatzung SABS) ist abzuschaffen, zumindest
4 aber sozialverträglich neu zu gestalten.

5 **Begründung:**

6 Mit einer in diesem Jahr geplanten Änderung des Niedersächsischen Kommunal-
7 abgabengesetzes erhalten Städte und Gemeinden künftig die Möglichkeit, die
8 Finanzierung des Straßenausbaues durch Anlieger abzuschaffen oder zumindest die
9 Kostenbelastung durch die Kostenverteilung auf mehrere Schultern deutlich zu
10 mildern. Eine gerechte Gegenfinanzierung bei Abschaffung der SABS durch eine
11 moderate Erhöhung der Steuereinnahmen beteiligt alle und hält die Kosten für alle
12 Einwohnerinnen und Einwohner gering. Die der SPD angelastete Zersetzung der
13 kommunalen Solidarität wird wirkungsvoll gestoppt.

14 In Hamburg beispielsweise wurde die SABS in 2016 abgeschafft. Der Beschluss zur
15 Streichung der entsprechenden Vorschriften ergab sich auch aus der Tatsache, dass
16 sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen aus den Ausbaubeiträgen und deren
17 Erhebungsaufwand als unwirtschaftlich erwiesen hat. Ähnliches ist für Hannover zu
18 vermuten.

19 Die Aussage unseres OB Schostok, dass die Erneuerung von Straßen allen Bürgern zu
20 Gute kommt und zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Stadt beiträgt, ist
21 richtig.

22 Richtig ist aber auch, dass das, was allen Bürgerinnen und Bürgern dient, auch von
23 allen finanziert werden sollte. Sozialverträglich gestaltete Steuern bieten dazu die
24 beste Praktikabilität.

25 **Empfehlung der Antragskommission:**

26 Ablehnung

C 1 - Schutzlosigkeit beenden

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

1 Frauen müssen grundsätzlich vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Das gilt
2 in besonderem Maße für Frauen und Familien, die bei uns in Form von Asyl Schutz
3 suchen. Um diese wirksam vor Übergriffen zu schützen muss es in jeder Unterkunft
4 von Geflüchteten für Frauen und Kinder einen räumlich getrennten, für Männer nicht
5 ohne weiteres zugänglichen Bereich geben, welcher Privatsphäre und Sicherheit bie-
6 tet. Das gilt auch für kurzfristig eingerichtete und nur vorübergehende Sammelunter-
7 künfte. Schutz vor Gewalt ist nicht verhandelbar sondern Mindestbedingung jeder
8 menschenwürdigen Unterbringung.

9 **Begründung:**

10 Frauen und Familien mit Kindern bilden unter den Menschen, die sich derzeit auf der
11 Flucht befinden und Schutz suchen, eine Minderheit dar. Dadurch geraten auch ihre
12 besonderen Anliegen und Bedürfnisse allzu oft in Vergessenheit. Dabei brauchen ge-
13 rade Frauen und Kinder, die die Strapazen der Flucht hinter sich haben und oft genug
14 Opfer von Gewalt geworden sind, besonderen Schutz um ihnen das Gefühl von Si-
15 cherheit zu vermitteln aber auch sie vor neuerlicher Gewalt und Missbrauch zu schüt-
16 zen. In vielen Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften gibt es dagegen
17 keine Rückzugsmöglichkeit für Frauen und Familien, welche die benötigte Pri-
18 vatsphäre bieten, es gibt keinen gesicherten Raum in dem sie vor neuerlicher Gewalt
19 oder Übergriffen geschützt wären. Türen und Zimmern sind regelmäßig nicht ab-
20 schließbar, in Turnhallen werden schlicht Bettenlager errichtet. Das ist ein unhaltba-
21 rer Zustand. Wenn wir Geflüchteten Schutz bieten wollen muss dieser schon in der
22 Unterbringung anfangen.

23 Die häufig erforderliche kurzfristige Unterbringung von Geflüchteten stellt Kommu-
24 nen, Verwaltung und Ehrenamtliche vor enorme Herausforderungen. Trotzdem dür-
25 fen auch hier gewisse elementare Anforderungen nicht missachtet werden. Dazu ge-
26 hören vor allem Schutzstandards die verhindern, dass Menschen noch mehr Leid ge-
27 schieht und sie erneut Opfer von Gewalt werden oder in Angst leben müssen.

28 **Empfehlung der Antragskommission:**

29 Annahme

C 2 - Umweltschutz ermöglichen

11-Punkte-Plan für ein ökologischeres Hannover

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

- 1 Wir fordern folgende Maßnahmen für die Stadt bzw. die Region Hannover:
 - 2 **1. Bike-Sharing ausbauen**
3 Um eine umweltfreundliche Alternative zu Autofahren zu bieten, soll die Stadt Han-
4 nover aktiv die Fahrradvermietung fördern und diese öffentlich ausschreiben. Ein Vor-
5 bild dafür wäre z.B. das System in Hamburg.
 - 6 **2. Radwege ausbauen und erneuern**
7 Immer noch fehlen bei vielen Straßen in Hannover Fahrradwege, oder sie sind in ein-
8 nem beschädigten Zustand. Um einen Anreiz zu bieten, das Fahrrad dem Auto vorzu-
9 ziehen, soll das Radwegnetz in Hannover massiv verbessert und ausgebaut werden.
10 Es sollen des Weiteren eine Vielzahl an neuen Radschnellwegen gebaut werden.
 - 11 **3. Car-Sharing ausbauen**
12 In einer Stadt mit einem gut ausgebauten, kostengünstigen und benutzerfreundli-
13 chen Car-Sharing-System verzichten mehr Menschen auf ein eigenes Auto. Um dies
14 zu fördern, soll die Stadt Hannover sich um die neue Einführung eines solchen, ein-
15 heitlichen Systems engagieren. Dabei sind Anbieter*innen mit Elektroautos vorzuzie-
16 hen.
 - 17 **4. Elektromobilität ermöglichen & ausbauen**
18 Das Elektroauto ist eine umweltschonende Alternative zu herkömmlichen Autos.
19 Doch wechseln nur sehr wenige zu den Elektroautos, da die benötigte Infrastruktur
20 noch nicht vorhanden ist. Um das zu ändern, sollen in der ganzen Stadt die erforder-
21 lichen infrastrukturellen Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu gehört ein Plan, der
22 sowohl Park- als auch Aufladestationen vorhält. So sollte auf jedem öffentlichen, grö-
23 ßeren Parkplatz (z.B. vor Supermärkten) 10 % der Parkplätze mit einer Aufladestation
24 versehen sein.
 - 25 **5. Elektrobuslinien ausbauen**
26 Die neue Serie der Elektrobusse der ÜSTRA sind ein Schritt in die richtige Richtung.
27 Allerdings fahren diese erst auf einer Linie. Die Stadt Hannover sollte den Ausbau för-
28 dern, so dass in Zukunft alle Buslinien von Elektrobusen befahren werden.
 - 29 **6. GVH-Tickets vergünstigen**
30 Die zweckmäßigste Alternative zum eigenen Auto ist der ÖPNV. In Hannover gibt es
31 einen sehr gut ausgebauten ÖPNV, mit dem man oftmals sogar schneller an sein Ziel
32 kommt, als mit einem Auto. Allerdings steigen die Ticketpreise des GVH stetig, und
33 werden somit nicht mehr für jede*n bezahlbar. Auf der einen Seite steigt die Anzahl
34 der Nutzer des kostenfreien Sozialtickets, auf der anderen Seite steigen die Preise für
35 die Nutzerinnen und Nutzer, die keine Vergünstigten in Anspruch nehmen können

36 (Vollzahler*innen). Diesem Trend soll die Stadt Hannover entgegenwirken, in dem sie
37 durch öffentliche Förderung die Fahrkartenpreise grundsätzlich absenkt und in ein
38 abgewogenes Verhältnis setzt. Zudem soll die Uestra die

39 Kriterien für das JOB Ticket, das Arbeitgeber*innen ihren Arbeitnehmer*innen anbie-
40 ten überprüfen, deutlich niedrigschwelliger gestalten. So können auch Arbeitge-
41 ber*innen von kleineren Betrieben ihren Angestellten den Zugang zum ÖPNV erleich-
42 tern.

43 **7. Aufklärungsarbeit durch Informationsmaterialien- und Veranstaltungen**
44 Zur Aufklärung über den Klimawandel, dessen Folgen und Möglichkeiten eines Jeden
45 diesem entgegenzuwirken, soll die Stadt Hannover ein umfangreiches Angebot an In-
46 formationsmaterialien-und Veranstaltungen u.a. für Schulen zur Verfügung stellen.

47 **8. Öffentliches Stadtgrün erhöhen – Hannover soll bunter werden**
48 Hannover ist eine grüne Stadt – doch sollte sie bunter werden. Es soll ein Plan entwi-
49 ckelt werden, der aufzeigt, wo Bäume, Sträucher und Blühpflanzen/-streifen vermehrt
50 entwickelt werden sollten. Hierbei soll auf besondere Standortgerechtigkeit
51 gesetzt werden, monokulturelle Elemente vermieden werden und ein Beitrag zu mehr
52 Natur in der Stadt (biologische Vielfalt) sowie zum Klima-und Emissionsschutz geleis-
53 tet werden. Dieser Plan soll zeitnah umgesetzt werden.

54 **9. Regionale und vollwertige Außer-Haus-Verpflegung in den öffentlichen Kantinen
55 und Mensen**

56 Bei der Auswahl des angebotenen Essens in öffentlichen Kantinen (z.B. in Schulen,
57 Uni, Verwaltungsgebäude etc.) sollte auf ein vollwertiges Angebot aus regionalen
58 Produkten geachtet werden. Der Bio-Anteil soll mindestens 50% betragen und der
59 Fleischanteil sollte allgemein reduziert werden. Es empfiehlt sich, sich bei Ausschrei-
60 bungen an die DGE-Qualitätsstandards zu halten.

61 **10. Wasserstraßen verbessern**

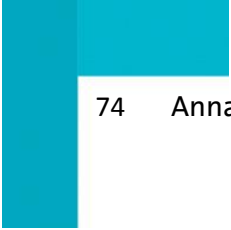
62 Um die Gesundheits- und Umweltbelastungen durch den Schwerlastverkehr zu redu-
63 zieren, muss die Infrastruktur für den Güterverkehr per Schiff umweltverträglich aus-
64 gebaut werden.

65 **11. Energieversorgung der Städtischen Gebäude durch erneuerbare Energien erhö-
66 hen**

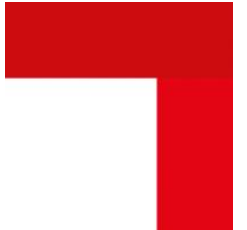
67 Die Gebäude der Stadt sollten in Zukunft vermehrt auf erneuerbar Energien umstei-
68 gen, wie z.B. Fotovoltaik oder Erdwärmepotenziale zeitnah erschließen. Dazu sollte
69 z.B., sofern möglich, auf jedem Dach eines öffentlichen Gebäudes Solarenergieanla-
70 gen angebracht werden.

71 **Begründung:**
72 Erfolgt mündlich.

73 **Empfehlung der Antragskommission:**



74 Annahme





C 3 - Physiotherapie im Neubau Misburger Bad

Antragsteller: OV Misburg (unterstützt von OV Anderten und OV Hainholz-Vinnhorst)

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Verwaltung anzuweisen, in die anlaufende
3 Konkretisierung des Neubaus des Misburger Bades zweckmäßige Räume für eine Phy-
4 siotherapie-Praxis mit einzuplanen.

5 **Begründung:**

6 Haltungsschäden und Rückenschmerzen nehmen, auch in schwerer Ausprägung und
7 verstärkt durch Computer-Arbeit, in einer immer älter werdenden Gesellschaft stän-
8 dig weiter zu und erfordern gezielte Gegenmaßnahmen. Schwimmen und Physiothe-
9 rapie zählen beide zu den anerkannten Mitteln dagegen. Es empfiehlt sich, diese Me-
10 thoden zu kombinieren, um Synergien zu gewinnen.

11 **Empfehlung der Antragskommission:**

12 Überweisung an die SPD-Ratsfraktion

C 4 - Ablehnung der Verfüllung des Misburger Hafens

Antragssteller: OV Misburg (unterstützt von OV Anderten und OV Hainholz-Vinnhorst)

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 Der Rat der Stadt Hannover wird aufgefordert, sobald er im Verfahren zur Änderung
3 des Flächennutzungsplans für das alte Misburger Hafenbecken der ehemaligen HPC-
4 Zementwerke wieder befasst wird, die Änderung von Wasserfläche zu
5 Industriegelände abzulehnen.

6 **Begründung:**

7 Im bewussten Misburger Hafenbecken hatte sich über Jahre der gewerblichen Nicht-
8 nutzung eine Naturbrache entwickelt, die einen üppigen und sehr grünen Lebens-
9 raum für seltene Vögel (wie den Eisvogel) und sehr viele Fische bot. Das Unternehmen
10 Papenburg, das offenbar Pläne zur Verfüllung des Hafens hegt, jedoch noch keinen
11 Antrag dazu gestellt hat, hat einen Teil dieses Lebensraums bereits zerstört, indem es
12 den Überwuchs an den Ufern weiträumig entfernt und stattdessen dort Abraumma-
13 terial aufgeschüttet hat. Diese Art, Fakten zu schaffen, sollte nicht nachträglich durch
14 den Rat legitimiert werden. Der Rat sollte, unabhängig von rein juristischen Fragen
15 des Naturschutzes, eine politische Aussage gegen die Verfüllung abgeben. Es haben
16 sich alle Parteien im Stadtbezirksrat Misburg-Anderten, so auch die SPD, und viele
17 Menschen (dazu gibt es über 2400 Unterschriften) gegen die Verfüllung ausgespro-
18 chen. Es wäre als angemessen zu betrachten, wenn sich die Ratspolitiker nicht über
19 die Meinung der Menschen vor Ort hinwegsetzen würden. Es wäre nicht angemessen,
20 sollte versucht werden, mit dem Unternehmen Papenburg eine Absprache zu treffen
21 (z.B. Verfüllung gegen Reduktion der Verkehrsbelastung durch Unternehmens-LKWs).
22 Nach allen einschlägigen Erfahrungen wird eine derartige Absprache nicht eingehal-
23 ten.

24 **Empfehlung der Antragskommission:**

25 Annahme mit folgenden Änderungen:

26 - Ersetze in Zeile 2 „Der Rat der Stadt Hannover“ durch „Die SPD-Fraktion im Rat der
27 Landeshauptstadt Hannover“

28 - Ersetze in Zeile 2 „er“ durch „der Rat“

C 5 - Abschaffung der Baumschutzsatzung in Hannover

Antrag des OV Misburg (unterstützt von OV Anderten und OV Hainholz-Vinnhorst)

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 Die 1987 auf Forderung der GRÜNEN eingeführte Baumschutzsatzung wird ersatzlos
3 abgeschafft.

4 **Begründung:**

5 Wie die langjährigen Erfahrungen zeigen, wird mit der Anwendung der
6 Baumschutzsatzung mehr Grün in Hannover vernichtet als ohne sie. Dies belegen seit
7 Jahren nicht nur die Streitfälle mit betroffenen Grundstücks- bzw. Gartenbesitzern,
8 sondern die ständigen Diskussionen um die Baumschutzsatzung mit der
9 Einwohnerschaft in den Stadtbezirken allgemein.

10 So ist es seit vielen Jahren – von den GRÜNEN offenbar unbemerkt – dazu gekommen,
11 dass „Grünbesitzer“ ihre Büsche bzw. Bäume schon einige Zeit vor dem Erreichen der
12 sich aus der Baumschutzsatzung ergebenden „kritischen Masse“, also Höhe und/oder
13 Dicke entfernen oder kürzen. Gespräche mit Einwohnern bei Versammlungen oder
14 anderen, von der Partei angebotenen Möglichkeiten haben dazu aufgezeigt, dass
15 vielfach Büsche/Bäume ohne Baumschutzsatzung noch viele Jahre vor sich gehabt
16 hätten.

17 Dass die Stadt Hannover auch schon vor Einführung der Baumschutzsatzung den Ruf
18 einer „Stadt im Grünen“ hatte, sei in diesem Zusammenhang besonders erwähnt. Der
19 jährliche „Grünumsatz“ der vielen Gartenmärkte in Hannover beweist das
20 eindrucksvoll.

21 Zudem hatte die Baumschutzsatzung auch nie das Ziel, „hannoversches Grün“
22 überhaupt einzuführen oder zu vermehren. Tatsächlich verdankt sich die Einführung
23 der Satzung lediglich dem Ergebnis von Koalitionsverhandlungen von „Rot/Grün“ in
24 den 80er Jahren.

25 Außerdem führt die Anwendung der (derzeit geltenden) Baumschutzsatzung zu
26 teilweise grotesken Ergebnissen.

27 Auf der einen Seite darf ein Bauunternehmer in Misburg für den Bau eines Parkplatzes
28 ohne Genehmigung und ungehindert eine ganze Reihe schutzwürdige Bäume fällen,
29 da diese angeblich unter den Ausnahmetatbestand des § 2 der Baumschutzsatzung
30 fallen, auf der anderen Seite wird das Entfernen von Stark-Ästen mit mehr als 10 cm
31 Durchmesser bei privaten Bürgerinnen und Bürgern bereits als Verstoß geahndet.

32 Vor dem Hintergrund eines seit Jahren bestehenden breiten öffentlichen Unverständ-
33 nisses soll die Baumschutzsatzung abgeschafft werden.



34 Empfehlung der Antragskommission:

35 Ablehnung

C 6 - Ausweisung von Grünflächen durch die Stadt Hannover

Antrag des OV Misburg (unterstützt von OV Anderten und OV Hainholz-Vinnhorst)

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 Bei der gegenwärtig und voraussichtlich in den kommenden Jahren regen
3 Bautätigkeit von erschwinglichen Geschosswohnungen in der Landeshauptstadt
4 Hannover ist die Stadt unter bestimmten Bedingungen - u. a. einer Empfehlung des
5 Bundesstättetages folgend - dazu verpflichtet, zum Ausgleich Grünflächen
6 auszuweisen. Der Parteitag beschließt, dass bei diesen Flächen in den vom
7 Wohnungsbau im besonderen Maße betroffenen Stadtteilen die Nutzung auch und
8 gerade in Form von Dauerkleingärten vorzusehen ist. Das Kleingartenkonzept (Teil A)
9 der Stadt Hannover formuliert in diesem Sinne bereits eine allgemeine
10 Absichtserklärung. Diese soll konkret in die Tat umgesetzt werden.

11 **Begründung:**

12 Es gibt stadtweit bei der Bevölkerung nach wie vor ein großes Interesse, Kleingärten
13 zu nutzen. Diese bieten den Menschen ein gewisses Maß an (Nah-)Erholung, und sie
14 sind auch für das Mikroklima in der Stadt von Vorteil. Mittlerweile herrscht in Hanno-
15 ver ein Mangel an für Kleingärten geeigneten Flächen, insbesondere in denjenigen
16 Stadtteilen, die für Bautätigkeit die meisten Möglichkeiten bieten. Allein in Misburg
17 sind 1000 Kleingärtner wohnhaft, die einen Kleingarten in anderen Stadtteilen pach-
18 ten mussten. Da ohnehin bei der regen Bautätigkeit in Hannover durch die Stadt er-
19 satzweise Grünflächen auszuweisen sind, sollten diese gezielt auch und gerade in
20 denjenigen Stadtteilen, in denen gebaut wird, den Kleingärtnern zugutekommen.

21 **Empfehlung der Antragskommission:**

22 Erledigt durch Beschlusslage und politisches Handeln (u.a. Drucksache 0881/2016

23 des

24 Rates der Landeshauptstadt Hannover

C 7 – „Grün können wir auch.“

Antrag des OV Mitte

1 Der Stadtverbandsparteitag möge beschließen und an die SPD-Ratsfraktion weiterleiten:

2 AntragsstellerInnen: Ortsverein Mitte

3 Der Stadtverbandsparteitag möge beschließen und an die SPD-Ratsfraktion weiterleiten:

4 Der SPD-Stadtverband Hannover fordert die SPD-Ratsfraktion auf, ...

5

6 1. ... sich für die Beantragung von Fördergeldern des Bundes (aus dem Projekt „Zukunft Stadtgrün“) für die Grünflächenförderung zu beantragen.

7

8
9 2. ... sich dafür einzusetzen, dass sich die Landeshauptstadt Hannover mit dem von
10 der Europäischen Union geförderten Projekt „Aktivkohle aus Herbstlaub“ ausei-
11 nanderzusetzen und die Vorteile für Hannover zu nutzen.

12

13 3. ... sich für die stärkere Thematisierung des Themas „Bienenvölker“ als Unterrichts-
14 gegenstand an Schulen einzusetzen. In diesem Zusammenhang soll die Haltung
15 eines Honigbienenstaates durch eine Schule als Modellprojekt geprüft werden, so-
16 fern die betroffene Schule, die betreffenden Schülerinnen und Schüler, sowie die
17 betreffenden Eltern dem zustimmen. Hat eine pädagogische Kraft Erfahrungen
18 mit Imkerei, kann ein Honigbienenstaat an die Einrichtung in kümmernde Hände
19 gegeben werden. Liegt keine Erfahrung vor, könnten Insektenhotels als geeignete
20 Alternative fungieren. In diesem Zusammenhang ist auch die eigene Herstellung
21 von Honig an Schulen und Kitas denkbar.

22 4. ... sich für den verstärkten Ankauf von Insektenhotels, Vogelnistkästen und Fleder-
23 mausquartieren einzusetzen, um die Hannoverschen Werkstätten zusätzlich zu
24 unterstützen. Diese sollen an unterschiedlichen Orten platziert werden, z.B. an
25 Schulen, Kitas, Erwachsenenbildungseinrichtungen oder auch sozialen Einrich-
26 tungen.

27

28 Begründung:

29

30 Die Gelegenheit ist günstig, Gelder vom Bund für die städtische Grünflächenpflege zu bean-
31 tragen (Mittel aus dem Projekt „Zukunft Stadtgrün“). Der Haushaltsausschuss des Bundes hat
32 die Aufstockung auf 50 Mio. Euro im Gesamttitel der Städtebauförderung beschlossen. In 2017
33 wird es zunächst 2,5 Mio. geben und ab 2018 fortlaufend 47,5 Mio. Mehr Grün in der Stadt ist
34 positiv für das Klima, die Gesundheit und die Zufriedenheit der Menschen. Pflanzen sorgen
35 für eine deutliche Lärminderung und Feinstaubreduzierung.

36 Aus den jährlichen Massen an städtischem Herbstlaub kann die Stadt hochwertige Aktivkohle
37 herstellen, damit Böden verbessern und unser Klima schützen. Außerdem kann die Stadtent-

38 wässerung die Aktivkohle als Filtermedium nutzen. Durch die normale Rotte und die schwie-
39 rige Vermarktung bleiben viele Kommunen auf großen Mengen Kompost aus der Grünflä-
40 chenpflege sitzen. In Nordwesteuropa sind dies jedes Jahr schätzungsweise 34 Mio. Tonnen.
41 Dies kann mit dieser intelligenten Lösung deutlich reduziert werden. Aktivkohle wird laufend
42 gebraucht, z.B. in der Trinkwasser- oder Abwasseraufbereitung u.v.a.. Eine Tonne davon kos-
43 tet ca. 2000-4000 Euro. Dieses Geld könnten wir uns in Zukunft sparen, zumal Aktivkohle
44 momentan größtenteils aus fossilen Brennstoffen hergestellt wird. Aktivkohle ist wiederver-
45 wendbar und kann abschließend für die Wärmeengewinnung benutzt werden, falls nicht mehr
46 gebraucht. Testdurchläufe gibt es bereits in Baden-Baden, in Wales und an der Uni Kassel.
47 Forschungsgelder in Höhe von 3,2 Millionen Euro kommen von der Europäischen Union.
48 Um unserem Nachwuchs die enorme Wichtigkeit von Honig- und Wildbienen zu vermitteln
49 (Bestäubung von Obst und Gemüse, Honigproduktion), soll das Leben dieser wichtigen Insek-
50 ten erlebbar gemacht werden und Angst vor Bienen abgebaut werden. Bienen sind extrem
51 bedroht, vor allem nach diesem Winter kamen erneut alarmierende Meldungen über den sin-
52 kenden Bestand dieser Nützlinge. Bienen (und auch Wildbienen) sind keine stechenden
53 Monster, sondern einschlägig wichtig für unsere Lebensmittelproduktion, also letztendlich
54 auch für uns. Wird in diesem Zusammenhang Honig in der Stadt produziert, ist dieser erfah-
55 rungsgemäß sogar gesünder als der Honig vom Lande dank seiner größeren Pollenmischung.
56 Außerdem können Pollenallergiker durch dessen Genuss tlw. desensibilisiert werden! Mitt-
57 llerweile ist das Bienensterben in den Städten ein deutlich kleineres Thema als auf dem Lande
58 aufgrund des geringeren Insektizideinsatzes. Diesen Vorteil müssen wir stärker nutzen.
59 Andere Nützlinge wie Marienkäfer, Florfliegenlarven, Igel und Fledermäuse sind ebenfalls
60 wichtig für das Ökosystem und letztendlich auch für uns, da sie viel lästiges Ungeziefer wie
61 Stechmücken, Blattläuse, Motten oder Schnecken bekämpfen. Auch diese Tiere sind stark be-
62 droht, aber hochwertige Unterkünfte wie Fledermauskästen können ihren Bestand retten.
63 Die hannoverschen Werkstätten sind ein großartiger Produzent dieser Artikel. Hier ist eine
64 Zusammenarbeit bzw. Verteilung an städtische Einrichtungen sehr zu empfehlen, da dabei
65 alle Seiten gewinnen können.

66 **Empfehlung der Antragskommission:**

67 Beschlussempfehlung der Antragskommission erfolgt auf dem Parteitag